



Antragsformular

Landesversammlung Bayern, 19. Juni 2021 in Bindlach

Freier Verband Deutscher Zahnärzte

Antrag Nr. 1

zum Rasterpunkt

Antragsteller: Landesvorstand

Bezirksgruppe:

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Resolution: Ablehnung der Bürgerversicherung - Weiterentwicklung des dualen Systems

Wortlaut der Resolution:

Die Landesversammlung Bayern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte lehnt die Einführung einer Bürgerversicherung ab und fordert die künftige Bundesregierung stattdessen auf, das duale System weiterzuentwickeln.

Besonderes Augenmerk muss hierbei auf die Förderung freiberuflicher Berufsausübung gelegt werden, da nur so die hochwertige flächendeckende Versorgung aufrecht erhalten werden kann.

Wir fordern:

- Mehr Zeit für unsere Patienten durch den Abbau von Bürokratie.
- Eine praxisnahe, mit der Zahnärzteschaft zu entwickelnde freiwillige Digitalisierung, die Entlastung statt Belastung bringt.
- Die kontinuierliche Anpassung und Weiterentwicklung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ).
- Freie Arzt- bzw. Zahnarztwahl für alle Versicherten bei allen (Zahn)Ärzten.

**einstimmig
angenommen**



Antragsformular

Landesversammlung Bayern, 19. Juni 2021 in Bindlach

Freier Verband Deutscher Zahnärzte

Antrag Nr. 2

zum Rasterpunkt

Antragsteller: Landesvorstand

Bezirksgruppe:

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Headline: Dentalamalgam als Werkstoff erhalten

Wortlaut des Antrags:

Die Landesversammlung Bayern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die EU-Institutionen und die Bundesregierung dazu auf, Amalgam als Werkstoff in der Zahnheilkunde zu erhalten. FVDZ, BZÄK und KZBV werden aufgefordert, sich auf allen Ebenen in diesem Sinne einzubringen.

Begründung:

Amalgam hat sich als langlebiger, sicherer und kostengünstiger Werkstoff in der Zahnheilkunde seit langem bewährt (erster Hinweis auf dessen Verwendung zu Beginn der Tang-Dynastie in China, 618-907 n.Chr.). Die Zahnärzteschaft lehnt ein grundsätzliches Verbot dieses Füllungsmaterials ab.

**einstimmig
angenommen**



Antragsformular

Landesversammlung Bayern, 19. Juni 2021 in Bindlach

Freier Verband Deutscher Zahnärzte

Antrag Nr. 3

zum Rasterpunkt

Antragsteller: Landesvorstand

Bezirksgruppe:

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Headline: Nutzung der GOZ

Wortlaut des Antrags:

Die Landesversammlung Bayern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die Zahnärztinnen und Zahnärzte auf, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich aus

- §2 (Abweichende Vereinbarung, Verlangensleistung),
- §5 (Steigerungsfaktor) und
- §6 (Analogie, Zugriff auf GOÄ) der GOZ ergeben.

Begründung:

Aufgrund der offensichtlichen fortgesetzten Missachtung des Ordnungsgebers seiner Verpflichtung zum Interessenausgleich zwischen Zahnarzt und den zur Zahlung verpflichteten Kostenträgern nachzukommen, die aus dem Zahnheilkundengesetz vorgegeben sind, ist der Berufsstand darauf angewiesen, sich selbst zu helfen.

**einstimmig
angenommen**



Antragsformular

Landesversammlung Bayern, 19. Juni 2021 in Bindlach

Freier Verband Deutscher Zahnärzte

Antrag Nr. 4

zum Rasterpunkt

Antragsteller: Landesvorstand

Bezirksgruppe:

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Headline: Anhebung des GOZ-Punktwertes

Wortlaut des Antrags:

Die Landesversammlung Bayern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert den Verordnungsgeber auf, den seit über 33 Jahren unveränderten GOZ-Punktwert angemessen anzuheben und darüber hinaus eine kontinuierliche Anpassung an die Inflation vorzunehmen.

Begründung:

Die Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) verliert Jahr für Jahr an Akzeptanz und wird Ihrer Funktion, einen nach oben wie nach unten akzeptablen Gebührenrahmen vorzugeben, nicht mehr gerecht.

**einstimmig
angenommen**



Antragsformular

Landesversammlung Bayern, 19. Juni 2021 in Bindlach

Freier Verband Deutscher Zahnärzte

Antrag Nr. 5

zum Rasterpunkt

Antragsteller: Landesvorstand

Bezirksgruppe:

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Headline: Delegationsrahmen

Wortlaut des Antrags:

Die Landesversammlung Bayern des FVDZ stellt fest, dass der aktuell praktizierte und akzeptierte Delegationsrahmen unverändert fortbesteht. Neue BEMA-Leistungen berühren den Delegationsrahmen nicht.

Begründung:

Der Delegationsrahmen fußt auf §1 Abs. 5 und 6 des Zahnheilkundegesetzes, welches unverändert fortbesteht. Die Voraussetzungen für die Delegation von Tätigkeiten sind unverändert (vgl. zm online vom 22.03.2018):

- Die konkrete Tätigkeit erfordert nicht das höchstpersönliche Handeln der Zahnärztin/des Zahnarztes.
- Die Mitarbeiterin ist zur Erbringung der Tätigkeit qualifiziert.
- Die Zahnärztin/der Zahnarzt überzeugt sich persönlich von der Qualifikation der Mitarbeiterin.
- Die Zahnärztin/der Zahnarzt ordnet die konkrete Tätigkeit an (Anordnung).
- Die Zahnärztin/der Zahnarzt erteilt die fachliche Weisung (Weisung).
- Die Zahnärztin/der Zahnarzt überwacht und kontrolliert die Ausführung (Aufsicht).
- Dem Patienten ist bewusst, dass es sich um eine delegierte Tätigkeit handelt.
- Die Zahnärztin/der Zahnarzt ist für die delegierte Tätigkeit in gleicher Weise persönlich verantwortlich und haftet für diese in gleicher Weise wie für eine persönlich erbrachte Leistung (Verantwortung).

**einstimmig
angenommen**



Antragsformular

Landesversammlung Bayern, 19. Juni 2021 in Bindlach

Freier Verband Deutscher Zahnärzte

Antrag Nr. 7

zum Rasterpunkt

Antragsteller: Dr. Horst-Dieter Wendel

Bezirksgruppe: Oberfranken

Auswirkungen auf den Haushalt: Keine

Headline: Keine Zwangsanbindung an die TI und Sanktionierung bei Nichtanbindung

Wortlaut des Antrags:

Die Landesversammlung Bayern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte lehnt sowohl die Zwangsanbindung an die TI als auch die damit verbundene, gesetzlich verordnete Sanktionierung als Instrument staatlicher Bevormundung von Arzt und Patient heute so wie bereits in früheren Jahren ab.

Begründung:

Derartige Zwangsinstrumente sind einer freiheitlichen Demokratie unwürdig.

**einstimmig
angenommen**



Antragsformular

Landesversammlung Bayern, 19. Juni 2021 in Bindlach

Freier Verband Deutscher Zahnärzte

Antrag Nr. 8

zum Rasterpunkt

Antragsteller: Dr. Horst-Dieter Wendel

Bezirksgruppe: Oberfranken

Auswirkungen auf den Haushalt: Keine

Headline: Keine zentrale Speicherung von Patientendaten

Wortlaut des Antrags:

Die Landesversammlung Bayern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte lehnt eine zentrale Speicherung von Patientendaten auch künftig als unverantwortlich ab.

Begründung:

Jeder zentrale Server mit aggregierten, sensiblen, personenbezogenen Gesundheitsdaten wird, wie zahlreiche Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, unabhängig von den ergriffenen Sicherheitsvorkehrungen gehackt werden. Der dadurch für die Patienten entstehende Schaden ist irreparabel.

Unterschrift/en:

**einstimmig
angenommen**